

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsdamen und Ratsherren,
sehr geehrte Bürger/innen und
sehr geehrte Medienvertreter/innen,

die Diskussion über den aktuellen Haushalt 23/24 ist immer auch ein Rückblick auf den vergangenen Haushalt. Ein solcher Rückblick hilft uns die Notwendigkeiten für die Zukunft zu erkennen und unsere Politik danach auszurichten.

Das Motto der Stadt lautet: „Kerpen gelingt gemeinsam!“. Ich möchte dieses Motto nutzen, um aufzuzeigen, wo wir uns an dieses Motto gehalten haben und wo es mit dem Gelingen und der Gemeinsamkeit nicht so weit hergeholt ist.

Der Bereich des technischen Dezernates ist einer der wichtigsten unserer Stadt. Hier werden Investitionsentscheidungen getroffen, die über das Wohl und Wehe unserer Stadt entscheiden.

Hier hat es eine lange Hängepartie über die Handlungsfähigkeit des Bereiches und über die Neubesetzung des technischen Beigeordneten gegeben. Es ist gelungen den - letztlich krankheitsbedingten Ausfall des bisherigen Beigeordneten Joachim Schwister - durch die Neubesetzung durch Herr Thomas Marner zu beenden. Herr Marner: wir Grüne sehen in den ersten Monaten, dass Sie Aufgaben beherzt angehen und auf Ihr Personal zugehen. Aber Ihre Baustellen sind groß. Vielen Dank dafür und auf eine gute Zusammenarbeit.

Ihre Wahl war einstimmig. Aber wie ist es dazugekommen. Es ist der Initiative der Fraktionsvorsitzenden zu verdanken, dass die Personalie geklärt werden konnte. Sie, Herr Bürgermeister, sahen keine Handlungsmöglichkeiten und dass obwohl Ihnen das Personal in diesem Bereich gleich scharenweise davongelaufen ist. Ich bedanke mich hier ausdrücklich bei Andreas Lipp, der die Koordination zwischen den Fraktionen in dieser wichtigen Personalfrage in die Hand genommen hat und an deren Ende wir Herrn Marner wählen durften. Die Opposition dieses Rates hat mit der Initiative aufgezeigt was gemeinsam gelingen kann.

Aber diese reine Befassung mit Personalien durch Sie, Herr Bürgermeister, hat dazu geführt, dass wir in vielen Bereichen geradezu Stillstand erleben durften.

Vor Discountern wird gekuschelt. Man traut sich nicht, ihnen Vorgaben zu machen. Sei es in Kerpen – still ruht der See, nachdem LIDL sich nach seinen Belangen durchgesetzt hat, die Frage der Eisdielen hat der Pächter zwischenzeitlich unternehmerisch selbst entschieden. Und diese Lösung ist eine, die nicht zur Attraktivierung der Kerpener Innenstadt beiträgt. Wann LIDL zur Attraktivierung der Innenstadt beiträgt, ist noch völlig offen. In Türnich ist es ein Trauerspiel, wie das Geschachere über den Marktplatz nur nach Vorstellungen von ALDI laufen soll und nicht auch die Wünsche der Anwohner/innen richtig berücksichtigt werden. In

Sindorf hat man den LIDL erlaubt, ohne die verkehrliche Situation im Vorfeld zu klären. Hier haben wir Glück, dass die Beteiligten sich jetzt zusammenraufen und es den dringend benötigten Kreisverkehr dort geben wird.

Bei allen drei Projekten ist es nicht gelungen gemeinsame Interessen der Stadt, Discounter und der Bürger/innen aufzuzeigen. Und gelungen ist die Nahversorgung der Bürger/innen damit auch noch nicht.

Bei wichtigen Bebauungsplänen, z. B. Jahnwiesen oder Buir Sportplatzumfeld sind wir noch nicht entscheidend vorangekommen. Bei den Jahnwiesen ist weder ein Konzept der innerstädtischen Grünmehring zu erkennen noch eine sinnvolle Überbauung des Rathausparkplatzes noch ein Konzept zur Einbeziehung der Jahnhalle. Sie, Herr Bürgermeister, scheuen das Gespräch mit den Schützen, um ein rundes Städtisches Konzept erstellen zu können. Vielleicht werden Sie auch von Herrn Ripp zurückgehalten, der seine Klientel nicht verärgern will.

Borussia Buir wurde bisher hingehalten – eilends hat Herr Frambach einen Antrag gestellt, um mit Sportlerheim und Fußballplatz in die Umsetzung zu kommen. Es wird immer außer Acht gelassen, dass die engagierten Ehrenamtler Planungssicherheit brauchen, damit den Vereinen nicht noch vermeidbare Mehrkosten entstehen. Und damit die Stadt das Gelände zu Marktpreisen der Bebauung zuführen kann. Aber auch hier wird bereits im Hintergrund geplant ohne die Eckpunkte, die für die Stadt wichtig wären, einmal gemeinsam im Vorfeld festzulegen. Verkehrsberuhigung, Grünanteil, Wohnraumverdichtung unter Erhalt des ländlichen Charakters (wie wäre es zum Beispiel mal mit Mehrfamilienhäusern im Stile von Vierkanthöfen – Wohnraum mit dörflichem Akzent) – all das spielt keine Rolle.

Gleiches gilt auch für Blau-Weiß Kerpen. Immer wieder fordern wir, dass die Sportanlagen am neuen Europagymnasium vorangetrieben werden, damit auch Blau-Weiß Kerpen Planungssicherheit erhält. Stattdessen werden uns immer wieder Ausgabenwünsche für den alten Standort vorgelegt. Weitere Verzögerungen sind in Sicht, wenn jetzt noch einmal über die Sanierung des Altstandortes des Europagymnasiums nachgedacht werden soll. Herr Ripp und sein Bürgermeister denken die Folgen dieses Zick-Zack-Kurses für Verein und unsere Jugend nicht zu Ende.

Bei der Ausweisung von Windvorrangzonen sind wir noch nicht am Ziel, Solaranlagen werden nicht vorangetrieben. Bürger/innen und Investoren wollen aber schon lange investieren – aber, anstatt aktiv die Umsetzung anzugehen, darüber zu sprechen welche Stolpersteine beseitigt werden müssen, verpasst Kerpen gerade die Energiewende. Hier fehlt es auch an Gemeinsamkeit und vor allen Dingen am Gelingen.

Die Windvorrangzonen – insbesondere des Marienfeldes – können nur ein Anfang sein. Die Potenziale sind sicherlich größer.

Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, erneuerbare Energien so schnell wie möglich aufzubauen. Mit unserem Antrag haben jetzt die Möglichkeit das Dach des Hallenbades und diverser Schulen mit Solaranlagen kostengünstig nachzurüsten. Aber was passiert: für zwei – uns noch nicht bekannte Projekte – können Fördermittel abgerufen werden. Weitere Fördermittel verfallen. Unsere Stadt kann es sich nicht leisten Fördermittel in diesem Bereich nicht zu nutzen.

Aber über eine entscheidende Weichenstellung haben wir noch gar nicht gesprochen, die Bau- und Planungsgesellschaft. Als ich zum Ende der letzten Legislaturperiode in den Rat nachrückte – duldet es keinen Aufschub per sofort eine solche Gesellschaft zu gründen und ein Ausschreibungsverfahren zur Suche nach einem Partner zu starten.

Geendet hat dieses in einem Beratungsfiasco, weil Herr Ripp wieder mal auf das falsche Pferd gesetzt hat. Er will immer nur mit großen Partnern zusammenarbeiten.

Wir plädieren eher für ein bereits mehrfach erfolgreich umgesetztes Modell einer 100 % -igen Tochter mit dem Aufbau geeigneten Personals. Ohne den dualen Aufbau von Personal in der Verwaltung und einer Baugesellschaft ist es nicht zu schaffen unseren Investitionsstau aufzulösen.

Es gibt Städte, die innerhalb von 4 Jahren 11 Investitionsprojekte angegangen haben und diese auch in Zeit und Budget abgeschlossen haben oder sich in der planmäßigen Umsetzung befinden. Wenn man deren Beispiel folgen würde, würde ein Projekt wie die Europaschule 20 – 40 Millionen Euro günstiger ausfallen als nach unserem bisherigen Ansatz.

Ausschreibungen bis 5 Millionen Euro laufen nach vereinfachtem Verfahren. Dort braucht niemand mehr als ein Jahr, um eine Feuerschutzterasse an der Rathausschule anzubringen und damit diverse OGS-Räume wieder zur Nutzung freizugeben.

Herr Marner, hier sind wir von Ihnen enttäuscht von Ihrer Aussage: man bekomme das Personal dafür nicht. Keine Prüfung – keine Strategie – keine Mittel im Haushalt sind die Folge.

Das damals gewählte Modell war falsch, nicht aber die Strategie die Stadt mit den flexiblen Möglichkeiten einer Planungsgesellschaft in Investition und Pflege der städtischen Liegenschaften zu stärken.

Auch im Strukturwandel passiert zu wenig: Sie, Herr Bürgermeister, sind unser Vertreter bei der Hambach Neuland GmbH. In der Zeit ihres Bestehens haben Sie zu keiner Zeit über die Maßnahmen, die Sie für die Stadt Kerpen dort eingebracht haben, dem Rat berichtet. Sie lassen sich jeweils bei Berichten vom Geschäftsführer der Hambach Neuland GmbH vertreten. Die Sicht der Stadt Kerpen wird nirgendwo deutlich. Die Stadt Kerpen ist die einzige Stadt, die im Rahmen der Leitentscheidung der Landesregierung nicht erwähnt wird. Und zwei Wochen vor der

Ratssitzung sollen wir nun 7-stellige Mittel in den Haushalt einplanen zu Konzepten, die man weder uns vorgestellt oder den Gremien zur Beratung vorgelegt hat.

Bisher agiert Kerpen in Form Ihrer Person Herr Bürgermeister einsam und im Verborgenen, vielleicht sogar im Hinterzimmer von RWE.

Diese Mittel sind eindeutig mit einem Sperrvermerk zu versehen. Hier sollten der Rat und vor allen Dingen die Bürger/innen doch erst einmal Konzepte diskutieren, wie die Stadt mit den Bergbaufolgen umgehen soll.

Die Strukturwandelprojekte wurden mit einer unsäglich langen Vorplanung versehen, danach entscheidet die ZAR erst 2025 über die Förderung unserer Projekte. Es wird nicht differenziert zwischen Projekten, die jetzt auf den Weg gebracht werden könnten und Projekten, die einer dezidierten Planung bedürfen. Und dass Herr Ripp und Sie das als nicht wichtig ansehen, zeigt, dass die Planstelle Strukturwandel nicht mehr als Querschnittsfunktion im Fokus steht.

Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt Signale setzen, wo für uns Grenzen erreicht sind. Dazu gehören Dinge: Die Grünvernetzung zwischen Hambacher Wald und Steinheide muss sichergestellt werden, die Hitzeschäden am Hambacher Wald – auch durch Auskiesung entstanden – müssen behoben und rekultiviert werden und dem Manheimer Loch müssen Grenzen aufgezeigt werden: Die Kirche und Gehöfte müssen erhalten bleiben.

Wir wissen zwar, dass die Manheimer Kirche kein Kulturgut höchster Güte ist. Unser Antrag eine Stiftung zum Erhalt der Kirche und ihres Umfeldes zu gründen, ist ein Signal an RWE und die Bezirksregierung und an die Bürgerschaft, dass wir mehr wollen als uns den zerstörerischen Plänen von RWE zu ergeben. Weder Herr Ripp noch Sie fordern ein Gesamtkonzept für die Region.

RWE hat bis heute keinen Handschlag dafür geleistet den Hambacher Wald in seiner Lebensfähigkeit zu erhalten, obwohl Sie sich dazu verpflichtet hatten. Weder ein Rückbau der alten Landstraße wurde dort in Angriff genommen, um die Wärmeentwicklung im Wald zu reduzieren, noch wurden die hitzebedingten Auswirkungen der diversen Kiestagebaue reduziert. Im Gegenteil, stattdessen will man den Wald noch weiter schädigen durch weitere Auskiesung und den Raubbau an der Manheimer Bucht.

Da gibt es ja auch noch die Energiekrise. Was haben Sie Herr Ripp unternommen, die Auswirkungen auf die Stadt und Bürger zu minimieren: nichts.

Die Umsetzung der Energiesparverordnung des Bundes erfolgt auf den besonderen Wunsch von Herr Ripp ohne ein einfaches Controlling. Einzig ein liegengelassenes Thermometer in einer der letzten Ratssitzungen zeigte, dass der Bürgermeister sich über diese

Verordnung hinwegsetzt. Temperatur während der Sitzung: 24 Grad – ein Hohn für alle, die in dieser Stadt Ihren persönlichen oder öffentlichen Beitrag zum Sparen geleistet haben.

Ich habe hier die Auswertung einer anderen Stadt, die mit einfachsten Mittel die 20 größten Verbraucher ermittelt haben und über den Winter den Verbrauch um 21 % gesenkt haben.

Es geht also, man muss es nur wollen.

Kommen wir zum Thema Personal: es zieht sich durch die gesamte Verwaltung, keine Abteilung ist mehr so besetzt, dass sie ihre Aufgaben erfüllen könnte.

Wenn Paare in unserer Stadt den schönsten Tag ihres Lebens planen wollen, erhalten sie von unserem Standesamt die Antwort, dass das leider in den nächsten Monaten nicht geht.

Wenn Schulen Fördermittel nutzen wollen, dem Schulamt ihre Hilfe bei der Umsetzung anbieten, erhalten sie die Antwort: uns fehlt das Personal, um Buchungsätze zusammen zu führen.

Wenn KITAs kurzfristig geschlossen werden, werden Eltern mit Ihrem Betreuungsbedarf alleingelassen.

Die Personalengpässe im Planungsbereich wurden uns mit der Schuld des ehemaligen technischen Beigeordneten begründet.

Wenn wir unserer Stadt eine Grünmehrung zuführen wollen, erhalten wir die Antwort: wir haben dafür derzeit kein Personal.

Und gerade bei diesem Thema sollte klar sein: es ist gesetzlich keine Pflichtaufgabe, aber im Rahmen unserer Daseinsvorsorge, im Rahmen des Gesundheitsschutzes unserer Bevölkerung, muss es Pflicht sein Klimafolgenanpassung konsequent umzusetzen. Und Herr Marner hier gilt: Wenn wir kein eigenes Personal haben, dann haben wir in Kerpen sehr kompetente Landschafts- und Gartenbauunternehmen, die gerne bereit sind, uns zu unterstützen.

Diese Beispiele zeigen, dass Sie, Herr Bürgermeister, diese Stadt in eine komplette Handlungsunfähigkeit geführt haben.

Aber all diese Beispiele zeigen mir, dass es nicht an den untergeordneten Ebenen liegen kann, sondern dass eine Führungsschwäche an der Spitze dieser Verwaltung vorliegt.

Das jüngste Beispiel zur Wahl des ersten Beigeordneten ist sicherlich mit einer Fehleinschätzung der Bezirksregierung verbunden. Aber auch hier haben Sie als Bürgermeister es über vier Jahre nicht vermocht eine Lösung für den engsten Führungsstab der Verwaltung zu installieren - im Gegenteil, die Lösung der Besetzung des technischen Beigeordneten wurde, wie schon gesagt, durch die Fraktionsvorsitzenden vorangetrieben.

Sie haben im Falle „Laufs“ auch nicht im Vorfeld der Entscheidung der Bezirksregierung das Gespräch mit dieser gesucht, obwohl Sie wussten, wie sensibel das Thema für unsere Stadt ist.

Wir brauchen kreative Lösungen.

Wir brauchen dringend die Rückführung der Langzeitkranken in den aktiven Dienst. Das sind die einfachsten Personalressourcen, die wir haben, 10 % Langzeitkranke, die auf Ihre Widereingliederung warten. Wir benötigen Maßnahmen, die den Mitarbeitern Wertschätzung aufzeigen und ein attraktives Arbeitsumfeld gestalten.

Die Aufstellung des Haushaltes ging von einer Reihe von Fehleinschätzungen aus. Der Kämmerer hatte, weil ihm keine besseren Daten vorlagen, zunächst die Einschätzung zur Gewerbesteuer deutlich zu niedrig angesetzt. Sieht man sich die letzten vier Jahre an, ist festzustellen, dass wir konstante Gewerbesteuereinnahmen vorweisen. Der Kämmerer ging in seiner Annahme davon aus, dass die Stadt Kerpen einen 20-prozentigen Wirtschaftseinbruch verzeichnet. Seiner Ansicht nach befanden wir uns in einer Wirtschaftskrise wie sie in den zwanziger Jahren gegeben hat. Alle Annahmen und Steuerschätzungen gingen jedoch zumindest von gleichbleibenden Steuereinnahmen aus. Bei meinen Gesprächen mit Unternehmern der Stadt stelle ich fest, dass Sie keine regelmäßigen Jahresgespräche mit den großen Unternehmen und mit den wichtigsten Gewerbesteuerzahlern dieser Stadt durchführen. So wird der Kämmerer bei seinen Schätzungen alleingelassen. Wir Grüne haben nichts gegen vorsichtige Planungen, aber unrealistische Wirtschaftseinbrüche waren genauso falsch.

Neben diesen Einnahmen sind auch die Haushaltsansätze für die Kreisumlage reduziert worden. Dies jedoch wieder ohne Ihre aktive Einflussnahme. Sie ließen sich in Bergheim von Ihrem Kämmerer vertreten. Eine echte Interessenvertretung hat gefehlt. Man kann zu Herrn Heller stehen wie man will, aber bei ihm hat man den Eindruck, dass er die Finanzen der Stadt gegenüber dem Kreis zur Chefsache erklärt hat. Diesen Eindruck hat man bei Ihnen, Herr Bürgermeister, nicht.

Der Presse konnte man entnehmen, dass Kerpen 1,5 Mio. Euro vom Land zur Bewältigung der Flüchtlingskrise erhält. Auch diese Einnahmen müssen berücksichtigt werden.

Wir sehen auch die Neubewertung von Stellen als kritisch an. Wir haben ein Rechtsamt, dann muss die Stelle der Bürgermeisterassistenten nicht mit diesen Fähigkeiten ausgestattet werden und teurer werden. Im Übrigen fehlen bei dieser Vorgehensweise immer die entsprechenden Vorschläge zur Gegenfinanzierung.

Sparvorschläge im Bereich Digitalisierung und Versicherungsleistungen finden keinen Eingang in diesen Haushalt: Ihr Kommentar: Einsparvorschläge sind nicht haushaltsrelevant, können später in den Ausschüssen diskutiert werden. Sie trauen Ihrer Verwaltung keine Zielvorgaben zu.

Wir sind davon überzeugt, dass es nicht erforderlich ist, die Grundsteuer B für die Bürger/innen dieser Stadt anzuheben. Wir haben in der

augenblicklichen Lage auch die Verantwortung gegenüber unseren Bürgern inflationäre Tendenzen nicht weiter zu unterstützen. Die Umstellung auf die neuen Grundsteuererklärungen der Bürger sollen aufkommensneutral erfolgen. Aber auch hier wird es Verwerfungen für die Bürger geben, deren Auswirkungen wir erst einmal abwarten sollten. Daher lehnen wir die geplante Grundsteuererhöhung für 2024 ab.

Wir können und sollten dem Kreis gegenüber mit mehr Selbstbewusstsein auftreten, weil wir in den letzten Jahren jeweils reichlich unsere Ausgleichsrücklage bestückt haben und wir mit den richtigen Maßnahmen auch ausgeglichene Haushalte nicht gefährden.

Fazit: Wenn Sie mehr fachlich mit den Mitarbeitern des Hauses arbeiten würden, könnte Kerpen gemeinsam gelingen.

Wenn Sie die Kerpener Bürger/innen und Unternehmer/innen mit Ihren Wünschen und Vorstellungen wahrnehmen würden, könnte Kerpen gemeinsam gelingen.

Wir lehnen den Haushalt als nicht zukunftsfähig ab.